agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/INDONESIEN - Aktivisten auf Sumatra wollen einen Bericht zu Einschränkungen der Religionsfreiheit bei den Vereinten Nationen einreichen

Medan (Fidesdienst) – Über Einschränkungen der Religionsfreiheit aus Sumatra und ei zunehmenden Einschüchterungsversuche zu Lasten der christlichen Gläubigen sollte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen informiert werden: diese Ansicht vertreten Menschenrechtskämpfer auf der indonesischen Insel Sumatra. Vor kurzem wurden dort 17 Kirchen und Gebetsäle in Aceh geschlossen. In der Provinz gelten die muslimischen Gesetze der Sharia (vgl. Fidesdienst vom 21/05/2012). Ähnliche Episoden werden auch aus dem Süden der Insel Sumatra gemeldet, wo Katholiken im Dorf Muara Enim der Bau von Kirche verboten wurde, da ein muslimischer Lokalpolitiker dem Bau nicht zustimmen wollte.
Anlässlich des indonesischen Feiertages am 20. Mai (an dem das Land der 5 Prinzipien der Pancasila gedenkt) warnten die Bürgerrechtler vor der zunehmenden Einschränkung der Religionsfreiheit für Gläubige aus religiösen Minderheiten, insbesondere Christen.
„Diese willkürlichen Verbote verstoßen nicht nur gegen die Menschenrechte und die dafür verantwortlichen Extremisten sollten strafrechtlich verfolgt werden“, fordert John Agus, Menschenrechtskämpfer aus Medan, „Wir sind besorgt, denn Regierung und Polizei verschließen die Augen und ermöglichen damit das gewaltsame Vorgehen radikaler Gruppen. Dies ist ein Makel für den indonesischen Präsidenten Susil Bambang Yudhoyonao“. Der Polizei stünden alle Mittel zur Verfügung um Übergriffe auf Kirchen zu verhindern, so Agus, doch oft bestünden Verbindungen zwischen den Beamten und diesen Gruppen, die somit ungestört agieren können.
Die Aktionen radikalislamischer Gruppen „gefährden die Sicherheit der Bürger, die ihre Religion praktizieren wollen. Dabei werden Regierungs- und Polizeibeamte zu Komplizen von Menschenrechtsverstößen“, so der Aktivist. „Wenn das Problem nicht rechtzeitig bekämpft wird“, betont er abschließend, „gefährdet es die Demokratie. Der Gewalt radikaler Gruppen sollten sich alle entgegensetzen“, damit die fünf Prinzipien der Pancasila und damit Pluralismus und Toleranz in Indonesien erhalten bleiben. (PA) (Fidesdienst, 23/05/2012)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it